

**Zusammenfassung nach § 31 (6) der Promotionsordnung
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen**

Autor: Kreitz, Benjamin-Samuel

Titel: Innere Sicherheit – Das ideale Wahlkampfthema? Wie sich die deutschen Parteien aus innenpolitischem Kalkül nach dem 11. September 2001 auf dem Gebiet der Anti-Terror-Gesetzgebung zu profilieren suchten.

Verlag: Göttinger Universitätsverlag

Erscheinungsdatum: 1/2013

Kurzgliederung

1. Einleitung

- 1.1 Problemstellung
- 1.2 Arbeitshypothese
- 1.3 Fragestellung
- 1.4 Gang der Untersuchung
- 1.5 Forschungsstand
- 1.6 Methodische Vorgehensweise

2. Innere Sicherheit: Annäherung und Überblick

- 2.1 Definition und Begriffsklärung
- 2.2 Das Spannungsfeld zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit
- 2.3 Unsicherheit und Kriminalitätsfurcht: Ein Resultat ökonomischen und sozialen Wandels?
- 2.4 Repressive Kriminalpolitik als Folge einer neoliberalen Transformation?
- 2.5 Grundmuster des Sicherheitsdiskurses
- 2.6 Die Entwicklung der Gesetzgebung zur Inneren Sicherheit in Deutschland im Kontext politischer und gesellschaftlicher Diskurse
- 2.7 Die Debatte um die Innere Sicherheit in Deutschland nach dem 11. September 2001

3. Vorüberlegungen zum Wahlkampfthema „Innere Sicherheit“

- 3.1 Wahlkämpfe: Tief- oder Höhepunkt der demokratischen Kultur?
- 3.2 Politische Kommunikation: Wahlkampf und die „permanente“ Kampagne
- 3.3 Amerikanisierung, Modernisierung oder Professionalisierung von Wahlkämpfen?
- 3.4 Emotionale Themenstrategien: Ein Erfolgsrezept für die politische Kommunikation?
- 3.5 Der Stellenwert von Sachthemen innerhalb von Wahlkampagnen und die Bedeutung von Themen für die Wahlentscheidung
- 3.6 Themenmanagement: Agenda-Setting & Co.
- 3.7 Sicherheit – ein grundlegendes Motiv von Wahlkampagnen
- 3.8 Strategische Überlegungen zum Wahlkampfthema Innere Sicherheit

4. **Fallbeispiele**
 - 4.1 Der „Willie-Horton-Fall“
 - 4.2 Spanien 2000: ETA verhilft Aznars Partido Popular zum Wahlsieg
 - 4.3 USA: Profitierte die Bush-Administration von der Terrorangst?
 - 4.4 Italien 2001: Berlusconi setzt auf Bekämpfung der Kriminalität und Eindämmung der Einwanderung
 - 4.5 Frankreich 2001: Chirac und Jospin machen die Innere Sicherheit zum Top-Thema
 - 4.6 Aufstieg und Fall der „Schill-Partei“
 - 4.7 Spanien 2004: Aznar setzt auf ETA statt Al-Qaida und wird abgewählt
 - 4.8 Großbritannien: Die Folgen der Terroranschläge auf die britische Innenpolitik
 - 4.9 Auswertung der Fallbeispiele
5. **Die Thematisierungsstrategien der Parteien: Das Motiv der Inneren Sicherheit im Kontext der Wahlkampagnen zur Bundestagswahl 2002**
 - 5.1 SPD
 - 5.2 CDU/CSU
 - 5.3 Bündnis 90/Die Grünen
 - 5.4 FDP
 - 5.5 PDS
6. **Schlussbetrachtung**
 - 6.1 Ergebnis der Bundestagswahl 2002
 - 6.2 Welche Rolle spielte das Thema Innere Sicherheit im Wahlkampf 2002?
 - 6.3 Gesamtbetrachtung des Themas Innere Sicherheit im Bundestagswahlkampf 2002
 - 6.4 Welche Anforderungen stellt das Thema Innere Sicherheit an die politische Kommunikation?
 - 6.5 Innere Sicherheit: Ein Thema für Populisten?
7. **Literaturverzeichnis**

Anhang

Zusammenfassung

Die Dissertation setzt an der Schnittstelle zwischen politischer Kommunikation sowie dem Komplex von Sicherheitsgesetzgebung und Sicherheitsdiskurs an und thematisiert die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11.09.2001 auf die deutsche Innenpolitik. Die innenpolitischen Entstehungsfaktoren und -bedingungen der Anti-Terror-Gesetzgebung werden dabei vor dem Hintergrund des Bundestagswahlkampfes 2002 betrachtet und untersucht, inwieweit von den Parteien SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS der Themenkomplex „Innere Sicherheit“ in seinen Dimensionen Terrorismusbekämpfung und Kriminalität ebenso wie den Bürgerrechten als Kehrseite der Medaille in die Kampagnen zur Bundestagswahl eingebracht wurden. Methodisch stützt sich die Arbeit dabei neben der Text- und Quellenanalyse sowie der Auswertung der Presseberichterstattung auf Experteninterviews mit Akteuren und Entscheidungsträgern, die in Planung und Durchführung der Kampagnen zur Bundestagswahl 2002 involviert waren.

Dabei wurde herausgearbeitet, dass die Ereignisse des 11.09.2001 und die mit der Bürgerschaftswahl 2001 in Hamburg in Zusammenhang stehende Sicherheitsdebatte bei den etablierten deutschen Parteien Veränderungen in der programmatischen und strategischen Positionierung auf dem Politikfeld der Inneren Sicherheit auslösten, welche auch Wirkung auf die Anti-Terror-Gesetzgebung zeitigte. Abhängig von der strategischen Ausrichtung und Programmatik waren die Thematisierungsstrategien der einzelnen Parteien auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit entweder offensiv oder defensiv ausgerichtet, wobei das Themenfeld im Rahmen des Agenda-Setting aus parteispezifischen Perspektiven bearbeitet und unter anderem mit sozialpolitischen, bürgerrechtlichen, pazifistischen, steuerrechtlichen, ökologischen, ausländerrechtlichen oder wertorientierten Aspekten und Motiven verknüpft wurde.

Die SPD konnte als Regierungspartei durch die praktische Demonstration von Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit das Thema Innere Sicherheit als potentiell „Verlierer-Thema“ weitgehend neutralisieren. Insbesondere die eindeutige Positionierung von Innenminister Schily als Garanten für „Recht und Ordnung“ ließ die Attacken des politischen Gegners ins Leere laufen. CDU und CSU konnten von ihrem Vorsprung in der Kompetenzvermutung bei Fragen der Inneren Sicherheit trotz wiederholter Thematisierungsversuche nicht profitieren: Die Versuche, den Regierungsparteien Versäumnisse in der Innenpolitik vorzuwerfen, blieben fruchtlos, und standen zudem im

Widerspruch zur „Kompetenz-Strategie“, in deren Rahmen die Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stehen sollten.

Die Kampagne von Bündnis 90/Die Grünen polemisierte erfolgreich im Grenzbereich zwischen Innerer Sicherheit und Gesellschaftspolitik und mobilisierte so die Stammwähler der Partei. Dabei profitierte die Partei von der Rückendeckung durch die koalierende SPD und konnte die bei ihrer materiell abgesicherten und in Hinsicht auf die Innere Sicherheit sorgenfreien Klientel vorherrschenden gesellschaftlich-libertären Wertvorstellungen in Bürgerrechts- und Zuwanderungsfragen bedienen. Die vereinzelt Vorstöße der FDP, das Thema Innere Sicherheit – teils unter dem Blickwinkel der Terrorismusbekämpfung, teils aus der Perspektive der Bürgerrechte – stärker zu kommunizieren, gerieten angesichts der optimistischen und auf öffentlichkeitswirksame Effekte angelegten Wahlkampfführung sowie der Antisemitismus-Debatte um Möllemann aus dem Fokus. Das aufgrund der liberalen Tradition theoretisch vorhandene Alleinstellungsmerkmal in der Innenpolitik blieb aufgrund der Fixierung auf wirtschafts- und steuerrechtliche Fragen ungenutzt. Die Vorstöße der PDS auf dem Politikfeld der inneren Sicherheit durch Skandalisierung der Anti-Terror-Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung und vorsichtige Profilierungsversuche in Richtung Bürgerrechtspartei blieben angesichts der Parteihistorie sowie der diffizilen Haltung der Anhänger und Sympathisanten in der Reichweite begrenzt.

Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass das Thema Innere Sicherheit für den Ausgang der Bundestagswahl 2002 von Bedeutung war, obwohl es im gesamten Gefüge des Bundestagswahlkampfes vordergründig nur eine untergeordnete Rolle spielte: Nutznießer des geringen Stellenwerts, den das Thema Innere Sicherheit im Verlauf des Wahlkampfes einnahm, waren die rot-grünen Regierungsparteien, da es die Union durch die Neutralisierung dieses Politikfeldes nicht vermochte, von ihrem Vorsprung in der wahrgenommenen Kompetenz auf diesem Gebiet zu profitieren.

Der Verfasser kommt zu dem Fazit, dass Innere Sicherheit keineswegs das „ideale“ Wahlkampfthema ist, das die Zustimmung der Bevölkerung und damit den Wahlerfolg durch Skandalisierung und eine Strategie der Angsterzeugung garantiert. Aus der Analyse des Bundestagswahlkampfes 2002 werden ferner Hypothesen hinsichtlich einer generellen Eignung des Motivs der Inneren Sicherheit für die politische Kommunikation abgeleitet sowie die Chancen von radikalen bzw. populistischen Parteien erörtert, auf diesem Politikfeld zu reüssieren.